



Katharina Dröge, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Bundesministerin für Wirtschaft und  
Energie Brigitte Zypries  
Scharnhorststraße 34-37  
10115 Berlin

**Katharina Dröge**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied und Obfrau im Ausschuss für  
Wirtschaft und Energie  
Wettbewerbspolitische Sprecherin der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin, 06.07.2017

**Katharina Dröge, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-79081  
Fax: +49 30 227-76083  
katharina.droege@bundestag.de

Sehr geehrte Bundesministerin Zypries,

Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas sind in den letzten Jahren gegen die ungezügelt Globalisierung und Handelsabkommen wie CETA auf die Straße gegangen. Trotzdem hat Ihre Regierung CETA im Rat der EU den Weg geebnet. Das Abkommen steht nun kurz davor, vorläufig in Kraft zu treten.

Wir Grünen lehnen CETA in der jetzigen Form ab. Die Investor-Staat-Schiedsgerichte in CETA sind unnötig und gefährlich. Sensible Bereiche wie die kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale Dienstleistungen und die Infrastruktur werden nicht ausreichend vor Privatisierungsdruck geschützt. Das Vorsorgeprinzip wird mit CETA geschwächt. Und mit der regulatorischen Kooperation könnten existierende Regeln unterlaufen und Parlamente umschifft werden.

Mit dem Handelsabkommen mit Japan soll diese schädliche Agenda nun weiter fortgesetzt werden. Ihre Bundesregierung fordert offensiv Schiedsgerichte in JEFTA. Und das obwohl Sie selbst zugegeben haben, dass Japan ein unabhängiges Justizsystem hat und dieses gefährliche System damit vollkommen unnötig wäre. Erneut wollen Sie auch in JEFTA Regulierungsräte etablieren, obwohl dieses System in CETA gerade vom Bundesverfassungsgericht geprüft wird. Und erneut ist das Vorsorgeprinzip zur Umweltregulierung unter Beschuss.

Nach den Protesten gegen TTIP und CETA, nach Brexit und nach Trump darf es kein „weiter so“ in der Handelspolitik geben. Freier Handel alleine reicht nicht. Eine deregulierte Globalisierung schafft zu viele Verlierer. Sie befördert eine Abwärtsspirale von Löhnen und Standards. Sie verschärft Umweltprobleme und beschleunigt den Klimawandel. In den westlichen Gesellschaften verstärkt sie die Spaltung in gut gebildete Globalisierungsgewinner und Abgehängte. Und Entwicklungsländern nimmt sie die Möglichkeit, ihre heimische Wirtschaft zu entwickeln.

Wir fordern Sie als Wirtschaftsministerin deshalb auf, jetzt einen Neustart in der Handelspolitik einzuleiten und bei CETA und JEFTA anzufangen. Wir brauchen faire Handelsabkommen, die transparent verhandelt werden und den Schutz von Klima und Umwelt, von Verbraucher\*innen und Arbeitnehmer\*innen in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen Handelsabkommen, die durch soziale und ökologische Mindestanforderungen und



**Katharina Dröge**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied und Obfrau im Ausschuss für  
Wirtschaft und Energie  
Wettbewerbspolitische Sprecherin der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

die Verankerung des Vorsorgeprinzips hohe Standards zum Ziel und nicht zur Zielscheibe machen. Sensible Bereiche wie die öffentliche Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge müssen explizit ausgespart werden. Investor-Staat-Schiedsgerichte müssen rausgestrichen werden. Und grundsätzlich sollte immer eine Multilateralisierung bilateraler Abkommen möglich sein.

Nach den Wahlen in Frankreich haben Sie nun mit Nicolas Hulot als neuem Umweltminister einen Kritiker von CETA als potenziellen Verbündeten. Nutzen Sie diese Chance, um gemeinsam mit Frankreich den dringend nötigen Kurswechsel in der Handelspolitik einzuleiten: Mit einem Neustart bei CETA und einer Kehrtwende bei JEFTA!

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Dröge

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Wirtschaft und  
Energie  
Wettbewerbspolitische Sprecherin der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

Ska Keller

Mitglied des Europäischen Parlaments  
Co-Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion im  
Europäischen Parlament  
Migrations- und handelspolitische Sprecherin der  
Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament